

ionsberatungsstellen des Kreises Stormarn (Veranstalter vor Ort: Diakonisches Werk Segeberg) eine Fortbildung »**Familie und Kindergarten**« im Kontext von Migration statt, im Rahmen der Veranstaltungsreihe »**Familiäre und schulische Probleme im Kontext von Migration**«, im Haus der Begegnung in Bad Oldesloe vom 15.30 -18.30 Uhr.

Segeberg

Norderstedter SchülerInnen und LehrerInnen kämpfen für eine junge Kurdin aus der Türkei: Der 17-jährigen **Merdiye** aus Seth droht mit Erreichen der Volljährigkeit die Abschiebung in die Türkei. Während ihre Eltern wegen einer Therapie des Vaters noch geduldet werden, mutet man der jungen Kurdin zu, alleine in ein Land zurückzukehren, das sie seit 1996 nicht gesehen hat und in dem sie niemanden kennt. Ihre LehrerInnen und MitschülerInnen der Hauptschule des Schulzentrums Süd in Norderstedt haben sich durch Unterschriftensammlung, Öffentlichkeitsarbeit in Presse und Fernsehen, Briefe an die Landesregierung Schleswig-Holstein, den Bundeskanzler und den Bundespräsidenten eindringlich

für einen weiteren Verbleib von Merdiye in der Bundesrepublik eingesetzt – zumindest solange sich ihre Eltern hier aufhalten. Die Ausländerbehörde Segeberg prüft den Fall derzeit noch, hat dem Anwalt gegenüber aber zugesagt, keine „Nacht-und-Nebel-Aktion“ zu planen. „Mondfrauen“ auf dem Norderstedter Stadtfest: Die internationale Frauengruppe **„Mondfrauen“** setzten sich beim Norderstedter Stadtfest „Spektakulum“ (13. bis 15. August) für Norderstedter Flüchtlingskinder ein. An einem Stand wurden gegen eine geringe Gebühr bunte Zöpfe ins Haar eingeflochten und Spenden gesammelt, die dazu dienen sollen, das bisherige Angebot für Flüchtlingskinder durch die Migrationssozialberatung Norderstedt und den Freundeskreis für Flüchtlinge aufrecht erhalten zu können. Durch Kürzung von Landesmitteln und immer geringerem Spendenzugang sind Aktionen wie Ausflüge zu den Karl-May-Festspielen oder die Wochenendfreizeit an der Ostsee zur Zeit nicht möglich bzw. stark gefährdet. (Spendenkonto: Norderstedter Förderverein Flüchtlingshilfe e.V.; Kto: 44 23 64; Norderstedter Bank; BLZ: 200 691 11; Stichwort: Mondfrauen) Lokale Agenda 21 – **Norderstedter**

Integrationskonzept: Die anlässlich einer Zukunftswerkstatt im Rahmen der Lokalen Agenda 21 – Norderstedt entstandene Arbeitsgruppe „Integration von MigrantInnen“ hat der Stadtverwaltung Norderstedt einen Entwurf für ein Norderstedter Integrationskonzept vorgelegt. Um zu klären, ob dieses Konzept auch finanziell realisierbar ist, ist die Agenda-Beauftragte der Stadt aufgefordert worden, in Zusammenarbeit mit der Arbeitsgruppe, in der auch die Migrationssozialberatung Norderstedt involviert ist, einen Finanzplan aufzustellen und Förderungsmöglichkeiten aufzuzeigen. Ziel der Arbeitsgruppe ist ein Beschluss der Stadtvertretung über die Einstellung eines Integrationsbeauftragten, der das Konzept umsetzen und koordinieren soll.

Pinneberg

In Pinneberg beginnt die Interkulturelle Woche mit einem **„Eine-Welt-Fest“** am 18. September von 15-20 Uhr (Geschwister-Scholl-Haus, Bahnhofstr. 8). Kaffee und Kuchen, Musik und unterschiedliche Darbietungen sollen PinnebergerInnen mit und ohne Migrationshintergrund ins Gespräch bringen. Am 22. September wird um 11 Uhr die Ausstellung **„Aufbruch – der Irak im Wandel“** eröffnet (Diakonieverein Migration, Bahnhofstr. 24). Der irakische Bauingenieur Bassam Al-Ateia lebt zwar in Hamburg, arbeitet in letzter Zeit aber in Bagdad, meistens als Dolmetscher und Begleiter für den „Stern“. Er hat während des Krieges und nach dem Krieg seine Heimat fotografiert und möchte damit ein umfassenderes Bild vermitteln, als es die Medien tun. Die Ausstellung ist noch bis zum 20. Oktober zu besichtigen, und zwar Montag und Dienstag von 9-12 Uhr und Donnerstag von 15-18 Uhr. Am 26. September findet von 13.15 bis 16.30 Uhr ein **Tag der Offenen Moschee** statt. Einladen tut die Türkische Moschee in der Friedensstraße 11 in Pinneberg. Nur für Frauen ist die Diskussionsveranstaltung über **„Das Kopftuch“** am 27. September um 20 Uhr (Drostei, Dingstätte 23). Es wird ein Video zum Kopftuch-Tragen gezeigt, anschließend gibt es eine Pro- und eine Contra-Stellungnahme von zwei Muslimas. Und dann ist die Diskussion eröffnet! Keine Bewegung gibt es im Falle des **Kirchenasyls in Wedel**. Im November hatte sich eine Familie aus dem Kongo im katholischen Pfarramt in Uetersen gemeldet: Sie sollten sich mit 20 kg Gepäck in Neumünster beim Landesamt melden, um dann abgeschoben zu werden. Kirchenvorstand und Pfarrgemeinderat sahen sich die Unterlagen und Informationen an und sind überzeugt, dass das Leben der Familie bei einer Rückkehr in Gefahr wäre. Die Eltern Gilbert und Mujinja Gaputu waren im Kongo politisch aktiv, aber auch die jetzt 18-jährige Tochter war dort schon monatelang in einem Lager gefangen gehalten.

Neue Erlasse und Weisungen des Innenministeriums Schleswig-Holstein

Das Innenministerium hat jüngst die folgenden Runderlasse herausgebracht.

17. Juni 2004

Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis an deutschverheiratete Ausländerinnen und Ausländer trotz Sozialhilfebezug

Das Schleswig-Holsteinische OVG hat mit Beschluss vom 24.2.2003 unter ausdrücklicher Aufgabe seiner bisherigen Rechtsauffassung entschieden, dass ein deutschverheirateter Ausländer durch seine Eheschließung einen gesetzlichen Anspruch auf Erteilung einer Aufenthaltsbefugnis nach §23 Abs. 1 Nr. 1 AuslG erworben hat.

9. Juli 2004

Rückführungen von Minderheitenangehörigen in den Kosovo

Das Innenministerium informiert über die IMK-Beschlusslage, benennt Rückführungsmöglichkeiten von Türken, Bosniaken, Gorani und Torbesh in das Kosovo und teilt die weiterhin bestehende Weigerung der UNMIK, der Abschiebung von Roma, Serben, Ashkali und Ägyptern in das Kosovo zuzustimmen.

13. Juli 2004

Rückkehr irakischer Staatsangehöriger

Nach dem IMK-Beschluss besteht weiterhin eine tatsächliche Unmöglichkeit der zwangsweisen Rückführung vollziehbar ausreisepflichtiger irakischer Staatsangehöriger in den Irak. In diesen Fällen sind deshalb Duldungen für mindestens drei Monate zu erteilen.

13. Juli 2004

Rückführungen nach Afghanistan

Vorläufig wird der bestehende Abschiebungsstopp verlängert bis 31.12.2004.

9. Juli 2004

Vorgriffsregelung zur Umsetzung des §23a Aufenthaltsgesetz (ZuwG)

Die Landesregierung beabsichtigt die in Schleswig-Holstein seit 1996 bestehende Härtefallkommission als Härtefallkommission im Sinne des §23a AufenthG einzurichten. Bis zum Inkrafttreten des Gesetzes kann es im Einzelfall nicht vertretbar sein, den Aufenthalt von Personen, bei denen zu vermuten ist, dass sie von §23a AufenthG begünstigt werden könnten, zwangsweise zu beenden.

Der Flüchtlingsrat stellt alle schleswig-holsteinischen Erlasse, derer er habhaft werden kann, ins Internet: <http://www.frsh.de/behoe/erlass.html>